

# Industriestandort Rheinland-Pfalz

## Anforderungen an einen dynamischen Standort im Herzen Europas

Sonderbetrachtung zu der Interviewaktion „Jenseits der Krise – Substanz und Zukunft des Industriestandortes Deutschland“ des DIHK



Die Frage nach der Zukunft unseres Industriestandorts können die Unternehmen am besten selbst beantworten. Diesem Gedanken folgend haben die IHKs im Sommer 2008 bundesweit über 700 persönliche Interviews bei Mitgliedsunternehmen durchgeführt. Die Umfrageauswertung des DIHK mit dem Titel „Jenseits der Krise – Substanz und Zukunft des Industriestandortes Deutschlands“, Berlin 2009, erfasst die Industrie und die industrienahen Dienstleister mit ihrer aktuellen Positionierung am Standort Deutschland – und einem Ausblick auf wirtschaftspolitische Bedingungen für einen langfristig wettbewerbsfähigen und starken Industriestandort Deutschland. Ziel ist es, sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der Öffentlichkeit einen fundierten Beitrag dazu zu leisten, den Produktionsstandort Deutschland zukunftsweisend und mit langfristiger Perspektive weiter zu entwickeln.

Ziel der vorliegenden Sonderbetrachtung für Rheinland-Pfalz ist, Besonderheiten und Nuancen sowie die Handlungsfelder zur weiteren Stärkung des Standortes Rheinland-Pfalz auf Basis der in unserem Bundesland geführten Interviews darzustellen.

Industrie- und Handelskammer Koblenz  
Bereich Industrie, Innovation, Umwelt – Koblenz 2009

Copyright            Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch Auszugsweise – ist nur mit ausschließlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber        Industrie- und Handelskammer Koblenz  
Schlossstraße 2, 56068 Koblenz  
Telefon (0261) 106-0  
[www.ihk-koblenz.de](http://www.ihk-koblenz.de)

Ansprechpartner   Ralf Lawaczeck  
Volker Schwarzmeier  
IHK Koblenz  
Industrie, Innovation, Umwelt  
[schwarzmeier@koblenz.ihk.de](mailto:schwarzmeier@koblenz.ihk.de)

Stand                Februar 2009

## Vorwort

In einer Produktionswirtschaft, die zunehmend auf weltweite Arbeitsteilung setzt, ist es notwendig, die Attraktivität des Industriestandortes Rheinland-Pfalz ständig anforderungsgerecht auszurichten. Ein attraktiver Standort ist die Grundlage für eine zukunftsorientierte Entwicklung der ansässigen Unternehmen und darüber hinaus für die Neuansiedlung von Industrieunternehmen. Die Industrieunternehmen in Rheinland-Pfalz sind eine tragende Säule als Arbeitgeber; sie stärken den Standort mit High-Tech-Entwicklungen, Investitionen und einer anerkannt guten Ausbildung junger Menschen.

Die Industrie in Rheinland-Pfalz weist eine heterogene Struktur auf. Im Süden gibt es Branchenschwerpunkte wie die chemische Industrie in Ludwigshafen oder den Fahrzeugbau im Landkreis Germersheim. Im Norden ist keine Konzentration auf eine dominierende Branche festzustellen, so sind beispielsweise in den für die Industrie bedeutenden Landkreisen Westerwaldkreis, Neuwied und Mayen-Koblenz Schwerpunkte in den Branchen Glas/Keramik, Ernährung, Metallerzeugung und Maschinenbau vorhanden.

Als Klammer ist diesen Unternehmen gemein: Sie benötigen exzellente Standortbedingungen, um auch künftig im internationalen Wettbewerb zu bestehen!

In Rahmen einer bundesweiten Interviewaktion der IHK-Organisation wurden von den rheinland-pfälzischen IHKs Interviews in Industrieunternehmen geführt. Dabei haben sich folgende Aussagen herauskristallisiert:

- Als Grundregel fordern die Industrieunternehmen eine liberale und nicht interventionistische Wirtschaftspolitik (96 %).
- Rheinland-pfälzische Unternehmen konzentrieren sich zunehmend auf Nischenmärkte (73 %<sup>1</sup>) und setzen verstärkt auf nationale und internationale Kooperationen (76 %). Unabdingbare Voraussetzung dafür ist die Aus- und Weiterbildung von qualifiziertem Personal, für das sich 96 % der Unternehmen aussprechen.

## Stärken des Standorts Rheinland-Pfalz

Bevor Handlungsfelder zur Stärkung des Standortes Rheinland-Pfalz vorgestellt werden, lohnt es sich, einen Blick auf die Stärken des Standorts zu werfen. Nicht ohne Grund gehen die Unternehmen davon aus, dass im Jahr 2020 noch etwa die Hälfte der Wertschöpfung ihres jeweiligen Produktes in Deutschland erbracht wird. Die Industrie ist in Rheinland-Pfalz kein Auslaufmodell!

Bei der Bewertung einer Vielzahl von Standortfaktoren nach dem Grad der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geben die Unternehmen in Rheinland-Pfalz der „Verfügbarkeit von Zulieferern und Dienstleistern vor Ort“ nach Schulnoten eine 2,3 – der beste Wert überhaupt. Das Netzwerk Industrie – im Verbund von verarbeitendem Gewerbe und industrienahen Dienstleistern – zeigt, dass es gut aufgestellt ist. Mit

---

<sup>1</sup> Zum Vergleich: bundesweit sind es „nur“ 65 Prozent

Gut bewerten die Unternehmen auch die Standortfaktoren IT-Infrastruktur (Note 2,4) sowie die Verfügbarkeit der Gewerbeflächen (Note 2,5). Mit Einschränkung sind der soziale Frieden (Note 2,8), die Finanzierungsmöglichkeiten (2,8), die Verkehrsinfrastruktur (Note 2,9) sowie die Vernetzung Forschung/Hochschulen mit Unternehmen (2,9) ebenfalls Pluspunkte des Standorts Rheinland-Pfalz.

## **Handlungsfelder zur Stärkung des Standortes Rheinland-Pfalz**

### **I Ausbau des Technologie- und Innovationsstandortes, Vernetzung**

Wie handeln die Unternehmen, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben und den Herausforderungen der Globalisierung und permanenter Innovation der Wettbewerber zu begegnen? Sie setzen auf eine Ausweitung der Investitionen in Forschung und Entwicklung (65 %), auf eine verstärkte Kooperation mit Forschungsinstituten und Hochschulen (63 %) sowie auf den Ausbau von Kooperationen mit Partnern im In- und Ausland (76 %). Dies zu fördern sollte ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz sein.

### **II Energiekosten**

Mit der Note 4,4 bewerten die Industrieunternehmen den Standortfaktor Energiekosten. 55 % der Unternehmen sehen hier dringenden Handlungsbedarf für die Politik, um gravierende Wettbewerbsnachteile zu verhindern. Besonders benachteiligend sehen die Unternehmen den politisch gewollten nationalen „Klimaaufschlag“, mit dem die Unternehmen am Standort Deutschland belastet werden.

Preisschwankungen für Energieträger auf den Weltmärkten treffen die Industrieunternehmen in aller Welt in nahezu gleichem Ausmaß. Zu echten Standortnachteilen für die Industrie in ganz Deutschland führen:

- der mangelnde Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt,
- die national auf den Energiepreis draufgesattelten Steuern und Abgaben,
- die einseitig auf den Klimaschutz ausgelegte Energiepolitik,
- Nutzungsverbote oder -hemmnisse für Kraftwerke (Atom und Kohle; teilweise Wasser und Wind).

Auch wenn die Preise für die leitungsgebundenen Energien Strom und Gas mehr oder weniger den Kräften des Marktes unterliegen, hat das Land Rheinland-Pfalz über den Bundesrat Einfluss auf die Wettbewerbsregeln. Diese sollten deutlich verbessert und konsequent angewandt werden, damit günstigere Preisstrukturen entstehen können. Ebenso hat das Land Einfluss auf die Steuern und Abgaben (z. B. Stromsteuer, Mineralölsteuer, EEG, KWKG), die auf die Energieträger Strom, Gas und Öl erhoben werden. Hier muss das ständige Draufsatteln beendet und eine deutliche Reduzierung dieser Zusatzkosten für die Industrie begonnen werden. Gleichzeitig sollte über eine Entbürokratisierung in diesem Bereich nachgedacht werden. So sind beispielsweise Abgaben von der Energiewirtschaft aufwändig zu berechnen o-

der die zuviel gezahlten Steuern von den produzierenden Unternehmen bei den Zollämtern aufwändig zurückzufordern – beides zeit- und kostenintensive Prozeduren.

Als erster konkreter Schritt muss auf kommunaler Ebene über eine Abschaffung der Konzessionsabgabe nachgedacht werden.

Kosten sparen können Industriebetriebe durch den effizienten Einsatz von Energie. Obwohl die deutsche Industrie weltweit eine führende Rolle bei der Energieeffizienz einnimmt, kann hier noch einiges verbessert werden. Maßnahmen wie regionale Energieeffizienzclubs oder Energieeinsparberatungen können hier helfen, wirtschaftliche Effizienzpotentiale zu nutzen.

### **III Umweltschutz**

Als standortbelastend – Note 4,0 – empfinden Unternehmen die vielfältigen Umweltauflagen, obwohl „nur“ 28 % einen dringenden Handlungsbedarf sehen. Diese Diskrepanz ist wohl damit zu erklären, dass der Umweltschutz als notwendig erachtet wird um unsere Lebensgrundlage zu erhalten.

Gleichwohl sollte überlegt werden, ob übertriebene Auflagen wie beispielsweise bei Genehmigungsverfahren oder im Naturschutz verträglicher ausgestaltet werden können und dem Stichwort Effizienz auch im Umweltschutz mehr Beachtung geschenkt werden kann.

### **IV Steuerrecht**

Eindeutig nicht wettbewerbsfähig im internationalen Kontext sehen die Unternehmen die Komplexität und Praxistauglichkeit des deutschen Steuerrechts. Note: 4,7! – Damit ist das Steuerrecht der Standortkiller Nummer Eins. Dieses Votum überrascht nicht, wird über das komplexe Steuerrecht schon seit Jahren diskutiert. Geschehen ist indes wenig. Ein einfaches und handhabbares Steuerrecht sorgt für weniger Bürokratie und Kosten in den Unternehmen. Der Landesregierung ist dringen anzuraten, hier einen neuen Anlauf im Bundesrat zu starten.

Über die Festlegung der Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer können lokale Entscheidungsträger die Attraktivität ihrer Gemeinde für Gewerbetreibende unmittelbar beeinflussen. Niedrige Hebesätze leisten einen Beitrag zur aktiven Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Höhe ihres Aufkommens hat die Gewerbesteuer die größere Bedeutung. Sie stellt eine Art Sondersteuer auf gewerbliche Einkünfte dar. Die auf das Eigentum an Grundstücken erhobene Grundsteuer betrifft vor allem flächenintensive Industriebetriebe.

## **V      Arbeitskosten, Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifrechts**

Wie sich die Industriebetriebe im internationalen Wettbewerb behaupten, hängt stark von den Arbeitskosten ab. So hatte die Westdeutsche Industrie 2007 – nach Norwegen, Belgien und Schweden – weltweit die vierthöchsten Arbeitskosten zu tragen. Dagegen können große Mitbewerber wie die USA, Japan, Großbritannien oder Italien mit wesentlich geringeren Arbeitskosten (zwischen minus 21 und minus 46 Prozent) kalkulieren<sup>2</sup>. Nur weil die Beschäftigten viel leisten – hohe Produktivität – kann an unserem Standort erfolgreich produziert werden. Wenn es aber um Standortentscheidungen geht, spielen die Arbeitskosten eine wesentliche Rolle, da sich Know-how und Technik transferieren lassen.

Eine weitere Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifrechts kann dafür sorgen, dass eine weitere schwerwiegende Last – Note: 3,9 – vom Standort Rheinland-Pfalz genommen wird.

Die Unternehmen und Organisationen der Wirtschaft sind nach wie vor bereit, mit der Politik daraufhin zu wirken, die Arbeitskosten zu reduzieren und dauerhaft international wettbewerbsfähig zu gestalten.

## **VI      Ingenieursausbildung, Aus- und Weiterbildung von Fachkräften**

Im Ausbau der Mitarbeiterqualifizierung und in der Weiterbildung der Mitarbeiter sehen die Unternehmen (96 %) einen wichtigen Trend um im Wettbewerb zu bestehen. Subventionen sollten abgebaut werden und dafür mehr in Bildung und Forschung investiert werden. Das kostet keinen Cent extra, stärkt aber die künftige Entwicklung der Unternehmen am Standort Rheinland-Pfalz, denn Bildung und Wissen stellen zentrale Produktionsfaktoren für moderne und innovative Industrieunternehmen dar.

## **Marktwirtschaftlichen Kurs halten**

96 Prozent der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe halten eine liberale und nicht interventionistische Wirtschaftspolitik für geeignet, die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihres Industriestandortes zu stärken<sup>3</sup>. Zugleich halten 66 Prozent der Industriebetriebe eine politisch geförderte Vorreiterrolle im Klima- und Umweltschutz für ungeeignet, unseren Industriestandort zu stärken<sup>4</sup>. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt fordern mehr rheinland-pfälzischen Industriebetriebe eine ordnungspolitisch orientierte Wirtschaftspolitik als Kompass für die Politik, damit gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise der Staat mit seinen Eingriffen nicht über das Ziel hinausschießt.

---

<sup>2</sup> Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, IW-Trends 3/2008, Köln

<sup>3</sup> Zum Vergleich: bundesweit sind es 90 Prozent.

<sup>4</sup> Zum Vergleich: bundesweit sind es 54 Prozent.

## Anhang

Frage:

Wie bewertet Ihr Unternehmen die folgenden Standortfaktoren Deutschlands im internationalen Vergleich auf einer Skala von eins bis sechs?

Standortfaktor	(Schul-)Note bundesweit	Rheinland-Pfalz
a.) Effizienz Behörden	4+	3,3
b.) Flexibilität Arbeits- u. Tarifrechts	4	3,9
c.) Rechtssicherheit	2-	3,2
d.) Steuerrecht	5+	4,7
e.) IT-Infrastruktur	2-	2,4
f.) Verkehrsinfrastruktur	3+	2,9
g.) Finanzierungsmögl. für Unternehmen	3	2,8
h.) Umweltauflagen	3	4,0
i.) Verfügbarkeit Gewerbeflächen	3+	2,5
j.) Vernetzung Forsch./Hochschule m. Unternehmen	3	2,9
k.) Energiekosten	4	4,4
l.) Steuern / Abgaben	4	4,0
m.) polit. Unterstützung im glob. Wettbewerb	4+	3,6
n.) sozialer Friede	3+	2,8
o.) Verfügbarkeit Zulieferuntern. / DL vor Ort	2	2,3
p.) Verfügbarkeit v. geeigneten Fachkräften	4+	3,4

Frage:

Geht Ihr Unternehmen einen oder mehrere der folgenden Wege, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben und den Herausforderungen von Globalisierung, permanenter Innovation der Wettbewerber sowie demographischer Entwicklung zu begegnen?

	bundesweit	Rheinland-Pfalz
a.) Ausbau der MA-Qualif./Weiterbild.	96 %	96 %
c.) verstärkte Koop. (nat./intern.)	80 %	76 %
b.) Ausweitung der FuE-Investitionen	72 %	65 %
d.) verstärkte Koop. mit Forsch./Unis	68 %	63 %
e.) Internationalisierungsstrategie	68 %	67 %
h.) zunehmende Digitalisierung	67 %	55 %
i.) zunehm. Konz. auf Nischenmärkte	65 %	73 %
g.) Konz. auf Bereiche der WSK	55 %	48 %
f.) Verlagerung ins Ausland	21 %	28 %

Frage:

Für wie geeignet halten Sie die nachfolgenden wirtschaftspolitischen Ansätze, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland zu stärken?

	a.)		b.)		c.)		d.)		e.)	
	öffentliche Wirtschaftsförderung auf reg. Techn.- u-Branchencluster		Identif. u. Schwerpunktförd. von Leitmärkten		politisch geförderte Vorreiterrollen Klima- u. Umweltschutz		liberale und nicht-interventionistische Wirtschaftspolitik		reduzierte unternehmensbez. Subventionen/Mittel f. Bildung/Forsch.	
	eher geeignet	eher nicht geeignet	eher geeignet	eher nicht geeignet	eher geeignet	eher nicht geeignet	eher geeignet	eher nicht geeignet	eher geeignet	eher nicht geeignet
Unternehmen gesamt	59,4%	40,6%	49,3%	50,7%	46,1%	53,9%	90,0%	10,0%	83,9%	16,1%
Rheinland-Pfalz	43,5 %	56,5 %	39,1 %	60,9 %	34,1 %	65,9 %	95,7%	4,3 %	77,8 %	22,2 %